

A1 Verteilungsgerechtigkeit in Grün

Gremium: LAG Wirtschaft, Finanzen und Soziales

Beschlussdatum: 17.07.2020

Text

1 Verteilungsgerechtigkeit in Grün

2 Einleitung¹

3 „Das ist auch mein Problem mit grünen Parteien. Sie geben sich damit zufrieden,
4 bei reichen und hochgebildeten Wählern zu punkten. Sie sind nicht ambitioniert,
5 Vermögen umzuverteilen. [...] Wenn wir wirklichen Klimaschutz haben wollen, wird
6 das nur durch einen großen Abbau sozialer Ungleichheit klappen.“ Diese Sätze
7 stammen vom derzeit wohl bekanntesten Verfechter des Kampfes gegen eine immer
8 größere ökonomische und gesellschaftliche Ungleichheit, von Thomas Piketty.² Sie
9 sind deshalb noch nicht automatisch richtig – wer in unserer Grünen Programmatik
10 schaut, wird viele Punkte finden, die ihn widerlegen –, aber es zeigt, wie wir
11 Grüne nach wie vor wahrgenommen werden. Und zwar auch in der Bevölkerung: In den
12 Bereichen „Wirtschaft“ und „Soziales“ liegen wir in der Kompetenzzuschreibung
13 jeweils nur auf Rang 5 der Parteien, mit 5% (Wirtschaft) bzw. 7% (Soziales) der
14 Befragten, die uns hier die größte Kompetenz zuschreiben.³

15 Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit bekommt vor dem Hintergrund der Corona-
16 Pandemie und ihrer Folgen noch einmal eine neue Dringlichkeit – denn es drängt
17 sich die Frage auf, wer für die bereits beschlossenen und weitere folgende
18 Ausgabeprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Effekte der
19 Krise aufkommt. Weder sollte dies allen den Jüngeren aufgebürdet werden, die
20 ohnehin schon überproportional unter den Folgen leiden noch sollte die Chance
21 vertan werden, eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der sozio-ökonomischen
22 Gruppen der Gesellschaft anzustreben. Vor diesem Hintergrund vertreten wir als
23 BAG mit diesem Papier die folgende These: Als Partei, die mittlerweile einen
24 gesellschaftlichen und politischen Führungs- und Orientierungsanspruch
25 formuliert, müssen wir Grüne das Thema der ökonomischen und gesellschaftlichen
26 Ungleichheit stärker als bisher ins Zentrum unserer Politik rücken –
27 „Verteilungsgerechtigkeit“ muss auch als zentrales Grünes politisches Ziel
28 wahrgenommen werden.

29 Das gilt aus mindestens vier Gründen:

- 30 • Aus einer sozialen Perspektive ist es schlicht unerträglich und politisch zu
31 bekämpfen, dass die 45 reichsten Personen Deutschlands so viel Vermögen
32 besitzen, wie die rund 40 Millionen Menschen, die die ärmere Hälfte der
33 Bevölkerung ausmachen, zusammen; dass über ein Fünftel aller Beschäftigten im
34 Niedriglohnsektor arbeitet; dass auf das gesamte vererbte Vermögen in
35 Deutschland gerade einmal 2% Steuern gezahlt werden; oder dass die unteren 40%
36 der Gesellschaft gänzlich ohne Vermögen dastehen – mit Nichts.
- 37 • Aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive ist zu konstatieren, dass eine
38 Vielzahl an Studien dargelegt hat, dass und wie eine zu hohe Ungleichheit der
39 Wirtschaft schadet: Durch „rentseeking“ der Reichsten und damit einer
40 Unterhöhlung des freien Wettbewerbs, durch mangelnde Anreize, durch eine höhere
41 Volatilität der Finanzmärkte etc.

• Aus gesellschaftlicher Sicht haben beispielsweise Pickett/Wilkinson in einer wegweisenden Studie bereits 2009 festgestellt, dass sehr ungleiche Gesellschaften zumeist einhergehen etwa mit höherem Drogenkonsum, mehr psychischen Erkrankungen, einer niedrigeren Lebenserwartung, schlechterer Gesundheit, schlechterer Bildung und einer höheren Verbrechensrate. Hinzu kommt, dass ein relevanter Teil „gesellschaftlich Abgehängter“ den idealen Nährboden für politische und religiöse Extremisten darstellt und rechten und populistischen Kräften beim Ausspielen sozialer Gruppen hilft.

• Und schließlich sind aus strategischer Sicht für uns Grüne insbesondere zwei Dinge von Relevanz:

o Erstens halten laut einer repräsentativen Umfrage von Anfang März 2020 74,8% aller Bundesbürgerinnen und -bürger die Verteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland für ungerecht.⁴ Kein Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde für dringender erachtet als die Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Betrachtet man nur die Wähler*innen der Grünen, sagen davon sogar satte 83,3 %, dass sie die Verteilung für ungerecht halten.

o Zweitens werden wir eine breite gesellschaftliche Unterstützung für den Kampf gegen den Klimawandel nur dann er- und behalten, wenn außer Zweifel steht, dass wir immer auch die Gerechtigkeits-Komponente mitdenken. Es ist ein beliebter Angriff unserer Gegner*innen, wir würden über die Klimafrage die gesellschaftlichen Verteilungswirkungen aus dem Blick verlieren. Dem lässt sich nicht allein mit der Abfederung einzelner Maßnahmen begegnen – vielmehr läuft der Angriff erst dann ins Leere, wenn völlig unstrittig ist, dass wir Grüne auch unabhängig der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen der Treiber im Kampf gegen Ungleichheit sind und diese Rolle nicht einer geschwächten SPD oder einer zerstrittenen Linken überlassen.

1 Der Ist-Zustand – Zahlen und Gefühle

1.1 Einkommen – gestiegene Ungleichheit, aber international im Mittelfeld

Wie Abb. 1 zu entnehmen ist, verlief die Entwicklung der Einkommen – hier gemessen als Haushaltsnettoeinkommen – über die letzten ca. 30 Jahre sehr unterschiedlich: Während die einkommensschwächsten 10% heute real weniger Einkommen zur Verfügung haben als 1991, ist das Einkommen der obersten 10% der Haushalte um über 35% gestiegen – und dabei naturgemäß von sehr unterschiedlichen Niveaus kommend. Die dazwischenliegenden Dezile konnten ihre Einkommenssituation alle insgesamt verbessern, wenn auch mit erheblichem Abstand sowohl zum obersten wie auch zum untersten Dezil. Während also im „Mittelfeld“ die Entwicklung recht gleichförmig verlief, stechen die Enden der Einkommensverteilung hervor – dort hat sich die Spreizung deutlich erhöht. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland im unteren Mittelfeld der Einkommensungleichheit unter den OECD-Ländern – gemessen am Gini-Koeffizienten haben 13 Staaten eine gleichere Verteilung, 20 eine ungleichere.

Abb. 1: Indexierte Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen nach Dezilen⁴

1.2 Vermögen – extreme Ungleichheit, auch im internationalen Vergleich

Bei den Vermögen sieht die Ungleichheit in Deutschland dramatischer aus. Ein Blick auf Abb. 2 verdeutlicht die Spreizung: Während ein Erwachsener im obersten Prozent der Bevölkerung durchschnittlich rund 1 Mio. Euro Netto-Privatvermögen

88 besitzt, d.h. abzüglich aller Verbindlichkeiten, beläuft sich das Median-
 89 Nettovermögen, also das, das die Bevölkerung in zwei Hälften teilt, auf gerade
 90 einmal rund 26.000 Euro. Zusammengenommen besitzen die unteren 40% der
 91 Vermögensskala überhaupt kein Nettovermögen.

92 Diese Unwucht schlägt sich auch im internationalen Vergleich nieder: Im Euro-
 93 Raum hat nur Lettland eine höhere Vermögensungleichheit, in allen anderen Euro-
 94 Staaten ist das Vermögen gleicher verteilt.

95 Abb. 2: Ausgewählte Perzentile des individuellen Nettovermögens, 2017

96 Wie Abb. 3 zu entnehmen ist, konzentriert sich ein großer Teil des privaten
 97 Vermögens in Deutschland auf die oberen 10% der Bevölkerung – sie besitzen
 98 deutlich mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens.

99 Abb. 3: Verteilung des Nettovermögens⁵

100 Während in den letzten 25 Jahren das Vermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung
 101 stagnierte, hat es die obere Hälfte verdoppelt.⁶ Dazu trägt bei, dass
 102 vermögensbezogene Steuern in Deutschland stark unterdurchschnittlich erhoben
 103 werden – sie betragen gerade einmal ein knappes Prozent des BIP, während es in
 104 Frankreich oder Großbritannien fast vier sind. Nur sieben OECD-Staaten haben ein
 105 geringeres Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern, 27 ein höheres.

106 Durch Vererbung wird diese Ungleichheit in der Gesellschaft strukturell
 107 verfestigt. Derzeit wird das Versprechen, dass sich durch eigene Hände Arbeit
 108 ein vergleichbar auskömmliches Leben ermöglichen lässt, in vielen Berufssparten
 109 nicht mehr eingelöst. Ein Grund dafür sind die in Ballungszentren stark
 110 gestiegenen Miet- und Immobilienpreise. Wer erbt, kann in guten Lagen leben, wer
 111 nicht erbt, kann sich dies oft nicht leisten.

112 1.3 Sonder-Problem: Immobilienvermögen und steigende Einnahmen für Vermögende

113 Ein Großteil der Vermögen in Deutschland sind Immobilienvermögen. Deutschland
 114 hat anders als andere Länder eine stärkere Mietkultur, was ein Grund für den
 115 hohen Anteil derjenigen ist, die (fast) gar kein Vermögen besitzen.

116 Wie aus Abb. 4 hervorgeht, haben sich in den letzten Jahren insbesondere die
 117 Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung – die naturgemäß nur Menschen mit
 118 entsprechendem Vermögen erzielen können – deutlich erhöht, besonders für die
 119 obersten Dezile der Verteilung. Dies ist zurzeit ein entscheidender Treiber der
 120 Ungleichheit, daher liegt auch hier ein wichtiger Hebel, sie zu reduzieren.

121 Abb. 4: Durchschnittliche Höhe der Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung nach
 122 Dezilen

123 1.4 Was daraus folgt

124 Dies sind nur beispielhafte Daten eines Befundes, der jedoch quer durch die
 125 allermeisten Studien eindeutig ist: Während die Ungleichheit der Einkommen auch
 126 im Vergleich mit anderen Industriestaaten in Deutschland eher unauffällig oder
 127 sogar unterdurchschnittlich ist, ist die Vermögensungleichheit
 128 überdurchschnittlich hoch.

129 Aus diesem Grund erachten wir es für folgerichtig, sich bei der Bekämpfung der
 130 Ungleichheit auf die Vermögen zu konzentrieren. Das bedeutet nicht, dass es
 131 nicht auch im Einkommensbereich Korrekturbedarf gibt – aufgrund der gestiegenen

Ungleichheit der Einkommensentwicklung braucht es auch Steuererhöhungen bei höheren Einkommen sowie eine Stärkung der Einkommen am unteren Ende z.B. für Pflegekräfte und Erzieher*innen. Diese Maßnahmen werden das Problem zu hoher Ungleichheit jedoch nicht effektiv genug angehen können, denn insbesondere im Vermögensbereich findet heute eine viel zu geringe Korrektur der Markteinkommen statt und die Schere bei Vermögen geht in der Folge (noch) viel stärker auseinander als bei den Einkommen. Hinzu kommt, dass es im Vermögensbereich einen erheblichen selbstverstärkenden Effekt gibt, da Vermögen im Regelfall ohne weiteres Zutun wachsen (und dabei geringer besteuert werden), während dies bei Einkommen nicht der Fall ist.

Ungleichheit manifestiert sich nicht in Zahlen des individuellen Einkommens oder Vermögens allein: Laut einer Studie des Ökonomen und Soziologen Oliver Nachtwey hatten sich beispielsweise viele Menschen, die mittlerweile AfD wählen, schon von der Demokratie verabschiedet, bevor 2015 eine große Zahl Geflüchteter nach Deutschland kam. Weder davor noch danach ging es ihnen materiell spürbar schlechter, doch nun fühlten sie sich „abgehängt“. In qualitativen Interviews stellte sich heraus, dass nicht primär der Zuzug Geflüchteter, sondern bereits vorher geschlossene Schwimmbäder, eingestellte Bahnverbindungen oder dichtgemachte Musikschulen erheblich zum subjektiven Gefühl des „Abgehängtwerdens“ beigetragen haben, das sich nun in der Sympathie für die AfD einen Ausdruck suchte. Orte, an denen sich alle Menschen der Gesellschaft treffen, sind weniger geworden, während sich Menschen mit höherem Einkommen und Vermögen wiederum häufig in die andere Richtung abkoppelten und eigene, exklusive Strukturen aufbauen. Das spiegelt sich auch in den Wohngebieten, die immer weniger durchmischt sind. Es liegt nahe, dass all dies zum „Gefühl“ immer größerer Ungleichheit aus eingangs vorgestellter Umfrage beigetragen hat.

Gleichwohl kommen „Gefühle“ der Ungleichheit entsprechend der Zahlen nicht von ungefähr. Wie gesehen ist die Vermögensungleichverteilung in Deutschland extrem hoch und steigt u.a. aufgrund der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt weiter an. Und auch wenn die Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich nicht extrem groß ist, ist eine Stagnation bei den unteren Einkommen im Zusammenhang mit der Steigerung der höheren Einkommen eine reale Verschlechterung des Versprechens, dass sich Leistung und bestimmte gesellschaftlich sinnvolle Berufe „lohnend“. Wer heute Supermarktkassierer*in ist, erhält eben nicht gleichermaßen ihren/seinen „Anteil vom Kuchen“, wie es durch die soziale Marktwirtschaft und ihr Wachstum versprochen wird.

2 Grüne Ziele in der Verteilungsdebatte

Die Definition eines quantitativen politischen Ziels im Bereich von Ungleichheit und Verteilung ist schwierig bis unmöglich – anders als in manchen anderen Politikbereichen, in denen etwa Zwei-GradZiele, Ausstiegsdaten oder zu erreichende Zahlen festgelegt werden können.

Die Abwesenheit konkreter Zielvorstellungen erschwert die Debatte, denn jede und jeder versteht unter „mehr“ oder „weniger“ Ungleichheit etwas anderes und es gibt kein politisch gesetztes Leitbild, an dem sich bestimmte Maßnahmen messen lassen könnten. Doch was uns Empirie und Umfragen immer wieder zeigen: In Deutschland ist die Schwelle zu einer zu großen Ungleichheit deutlich überschritten. Um darauf nicht schwammig und ohne klares Ziel, sondern mit konkreten Maßnahmen zu reagieren, müssen einzelne Handlungsfelder festgelegt

180 werden – die vier zentralen Ziele Grüner Verteilungsgerechtigkeit sollten auf
181 Basis der vorliegenden Empirie die Folgenden sein:

- 182 • Solidarische Finanzierung öffentlicher Güter durch eine faire Besteuerung der
183 vermögendsten 10% der Bevölkerung
- 184 • Vermögensaufbau bei den nichtvermögenden 40% der Bevölkerung
- 185 • Öffentliche Infrastruktur für alle ausbauen: Rekommunalisierung von Betrieben
186 der öffentlichen Daseinsvorsorge; Erhöhung der Finanzmittel der Kommunen
- 187 • Abschmelzung der ungleichen Entwicklung bei den Einkommen

188 Diese Bereiche lassen sich konkret messen und ihre Entwicklung verfolgen – die
189 Ziele und eventuelle Zwischenziele sind operationalisierbar und überprüfbar. Im
190 Folgenden sollen ausgewählte Maßnahmen für die einzelnen Bereiche dargestellt
191 werden.

192 3 Prioritäre Maßnahmen

193 3.1 Solidarische Finanzierung öffentlicher Güter durch eine faire Besteuerung 194 der vermögendsten 10% der Bevölkerung

195 Die hohe Spreizung in der Verteilung und das schnelle Wachstum großer Vermögen
196 wollen wir zurückführen – nicht aus Neid, sondern um unser Gemeinwesen fair zu
197 finanzieren, Startbedingungen gleicher zu gestalten und die negativen
198 gesellschaftlichen Folgen der Ungleichheit zu bekämpfen. Wir halten die
199 folgenden Instrumente für die entscheidenden:

- 200 • Ein Lastenausgleich in Form einer einmaligen Vermögensabgabe zur Finanzierung
201 der immensen öffentlichen Kosten durch die Corona-Pandemie, die nicht allesamt
202 in Form von Schulden den künftigen Generationen übertragen werden sollten. Die
203 einmalige Vermögensabgabe kann zusätzlich begründet werden durch die Rettung von
204 Vermögen durch die Allgemeinheit während der Finanzkrise von 2008 und durch die
205 gefährliche Ungleichverteilung und deren Effekte auf unsere Demokratie.
- 206 • Eine Reform der Erbschaftsteuer mit dem Ziel einer Abschaffung von
207 Ausnahmetatbeständen, Vergünstigungen und Steuerklassen, einer Vereinheitlichung
208 des Freibetrages und einem progressiven Satz von mindestens 15%. Vor allem durch
209 die Abschaffung der vielen Ausnahmen erhöhen wir damit das derzeit sehr geringe
210 Aufkommen der Erbschaftsteuer von nur ca. 2 % des vererbten Vermögens trotz
211 eines Steuersatzes zwischen 7 und 50%. Hinsichtlich der Problematik der
212 Vererbung von Betriebsvermögen müssen zum einen Stundungsregelungen bei der
213 Reinvestition von Gewinnen in den Betrieb erweitert werden. Außerdem sollte die
214 Option eingeführt werden, dass Betriebsvermögen - wenn dies z.B. im Unternehmen
215 gebunden ist - nicht als Steuer bezahlt werden muss, sondern alternativ
216 Unternehmensanteile im entsprechenden Umfang in einen Fonds (siehe unten)
217 eingezahlt werden, der zum einen demokratisch verwaltet wird und von dem zum
218 anderen alle Menschen profitieren - nicht nur die Erben reicher
219 Unternehmensbesitzer*innen.
- 220 • Eine deutliche Anhebung und gerechtere Ausgestaltung der Besteuerung von Grund
221 und Boden. Langfristig sprechen wir uns für die Einführung einer ökonomisch und
222 ökologisch sinnvollen Bodenwertsteuer aus. Die Möglichkeit des steuerfreien
223 Verkaufs von Immobilien nach zehn Jahren möchten wir abschaffen.

224 Entscheidend bleiben zudem unsere Grünen Forderungen nach

225 • konsequenter und notfalls auch unilateraler Bekämpfung von Steuerbetrug und
226 Steuersümpfen, die allein den sehr Vermögenden nutzen. Deutschland muss hier
227 noch erheblich stärker allein oder im europäischen Rahmen ökonomischen Druck auf
228 die Steuersümpfe aufbauen. In Bezug auf die private Steuerflucht halten wir das
229 Instrument der Steuerpflicht nach Staatsangehörigkeit nach dem Vorbild der USA
230 für sinnvoll.

231 • einer einfacheren und weniger bürokratischen Unternehmensbesteuerung mit
232 weniger Ausnahmen und damit auch weniger Gestaltungsmöglichkeiten. Denn davon
233 profitieren nur die großen Unternehmen und ihre Eigentümer*innen. Wichtig ist
234 uns ein Mindeststeuersatz auf globaler Ebene, insbesondere für
235 Digitalunternehmen.

236 3.2 Vermögensaufbau für die unteren 40%

237 Für eine gleichere Vermögensverteilung und fairere gesellschaftliche
238 Ausgangsbedingungen braucht es auch Anreize und Unterstützung zum Aufbau von
239 Vermögen von Menschen, die bislang keines oder nur ein sehr geringes haben.
240 Naturgemäß überschneidet sich dies mit der Einkommensfrage, da für den Aufbau
241 von Vermögen (ein höheres) Einkommen notwendig ist. Für die wichtigsten
242 Maßnahmen in diesem Bereich halten wir die folgenden:

243 • Ein jährlich in Höhe der Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern gespeister
244 Bürgerfonds, an den alle Bürger*innen einen Anspruch haben. Es ist auch denkbar,
245 den Fonds zu Beginn teilweise schuldenfinanziert zum Laufen zu bringen. Ein
246 solcher Staatsfonds wäre unter Berücksichtigung von Sustainable Finance-
247 Kriterien am Kapitalmarkt und zur Finanzierung Grüner Infrastrukturprojekte
248 aktiv. Aus dem Fonds könnte z.B. an jede*n Bürger*in ein „Startgeld“ ausgezahlt
249 werden, oder die anteilige Kapitalrendite wird jährlich ausbezahlt. In beiden
250 Fällen fände eine klare Umverteilung zwischen Vermögenden/Erbenden einerseits
251 und der Gesamtheit aller Bürger*innen andererseits statt.

252 • Eine erhebliche Verlagerung der Abgabenlast des Faktors Arbeit auf Ressourcen
253 und Kapital, um insbesondere Geringverdiener*innen zu entlasten.

254 • Wirtschaftliche Bürgerrechte zur gerechten Beteiligung im Dreischritt:
255 Einkommen, Sicherheit, Mitbestimmung

256 o Vermehrte und verbesserte Beteiligung von Beschäftigten, sowohl demokratisch
257 als auch als Eigentümer*innen am Produktiveigentum - entsprechende
258 Unternehmensmodelle sind hier zu unterstützen

259 o Gewerkschaftliches Engagement ist hier zentral und die Stärkung von
260 Gewerkschaften als demokratische Akteure wichtig

261 o Die Überwindung der Zersplitterung von Betrieben muss ein Ziel sein,
262 gegebenenfalls durch eine neue Betriebs-Definition

263 Entscheidend bleiben zudem unsere Grünen Forderungen nach

264 • einem standardisierten staatlichen Basisprodukt für die Altersvorsorge, das
265 die Riester-Rente ersetzt und jeder/m Bürger*in durch ein Opt-Out-Verfahren die
266 Möglichkeit gibt, mit geringen Gebühren und Verwaltungskosten ein sicheres und
267 nachhaltiges Vermögen für die Altersvorsorge aufzubauen.

268 • einem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus zur Reduzierung der Mietbelastung sowie
269 sinnvolle und zielgerichtete Förderung des Immobilienerwerbs, etwa über
270 Genossenschaften.

271 • Förderung von alternativen Anlageformen zum Vermögensaufbau: In Deutschland
272 erfreut sich das Sparbuch großer Beliebtheit. Auch vor der Niedrigzinsphase
273 wurden hier im Vergleich zu Alternativen (Aktienfonds, Immobilien, einzelne
274 Unternehmensaktien...) kümmerliche Renditen erzielt. Heutzutage muss man sich
275 fragen, ob der erzielbare Zins noch oberhalb der Inflationsrate liegt. Ein
276 Aufbau von Vermögen kann so nicht gelingen. Neben dem Basisprodukt könnte z.B.
277 auch der o.g. Bürgerfonds eine solche Kapitalanlage sein.

278 Doch für viele Menschen im unteren Teil der Einkommens- und Vermögensverteilung
279 geht es nicht allein um die eigene materielle Situation, in der sie sich
280 befinden, sondern auch um die Frage, welche öffentlichen Güter ihnen
281 gemeinschaftlich finanziert zur Verfügung stehen.

282 3.3 Öffentliche Infrastruktur/Wirtschaftliche Bürgerrechte

283 Wie bereits erwähnt, sollte der Kampf gegen Ungleichheit nicht allein auf
284 individuelle Euro-Zahlen verkürzt werden. Eine unterausgestattete öffentliche
285 Hand – und dabei sind insbesondere die Kommunen hervorzuheben, die häufig die
286 „sichtbaren“ Leistungen vor Ort erbringen – führt ebenfalls zu
287 gesellschaftlicher Spaltung. Und nicht zuletzt natürlich auch zu einer weiteren
288 Belastung von Geringverdiener*innen, die beispielsweise mit ihren Kindern
289 trotzdem einmal ins Schwimmbad möchten, aber dafür nun erheblich mehr zahlen
290 müssen. Gleiches gilt für andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die
291 durch (Teil-)Privatisierungen teurer wurden. Deshalb ist es richtig, Betriebe
292 der öffentlichen Daseinsvorsorge auch im öffentlichen Eigentum zu belassen bzw.
293 dorthin zurückzuführen.

294 Zum Teil ist eine gute öffentliche Infrastruktur überhaupt erst notwendige
295 Voraussetzung für die Erhöhung des Einkommens, etwa hinsichtlich guter und
296 zeitlich flexibler Betreuungsmöglichkeiten für Alleinerziehende – gibt es die
297 nicht, kann auch kein relevantes Einkommen erzielt und ggf. Vermögen aufgebaut
298 werden. Dies betrifft insbesondere Frauen, da sie nach wie vor den Großteil der
299 Erziehungsarbeit leisten (ob alleinerziehend oder nicht) und insgesamt immer
300 noch ein erheblich niedrigeres Einkommen erzielen als Männer, wozu das
301 Ehegattensplitting weiter seinen unrühmlichen Beitrag leistet.

302 Daneben spielt das Bildungssystem naturgemäß eine entscheidende Rolle bei der
303 Reduzierung von Ungleichheit. Dort findet weiterhin größtenteils eine
304 Reproduktion sozialer Verhältnisse statt – und an dieser Stelle müssen auch wir
305 Grüne uns manchmal an die eigene Nase fassen, wenn wir unseren Schwerpunkt auf
306 Studierende und Hochschulen legen und weniger etwa auf die Lage von
307 Auszubildenden oder Weiterbildungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte.
308 Chancengleichheit darf sich hierbei nicht nur auf gleiche Zugangsmöglichkeiten
309 beziehen, sondern muss bestimmte Gruppen auch entsprechend fördern – manchmal
310 braucht es ungleiche Behandlungen, weil die Ausgangsbedingungen ungleich sind.

311 Der Umfang der öffentlichen Infrastruktur, ihre Qualität und ihre
312 niedrigschwellige Zugänglichkeit (durch günstige oder kostenfreie Nutzung
313 öffentlicher Dienste) ist zentral dafür, dass Vermögen keine - oder zumindest
314 eine geringere - Rolle dabei spielt, ob Menschen am gesellschaftlichen Leben

315 teilhaben können. Sei es die öffentliche Bibliothek und damit der Zugang zu
316 Wissen, der gut ausgebaute ÖPNV als Zugang zu Mobilität, die Schulmensa, der
317 Park, das Jugendzentrum, das öffentliche Schwimmbad oder staatliche
318 Kultureinrichtungen, durch öffentlichen Raum, der für alle zugänglich ist und
319 nicht nur als Auffangbecken der Abgehängten dient (wer es sich leisten kann
320 kauft sich "heraus"), ist der Motor für eine gerechte Gesellschaft und ein Leben
321 auf Augenhöhe. Deshalb sind Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und
322 der freie Zugang zu möglichst weiten Teilen dieser "Grundversorgung für das
323 (Zusammen-)Leben" zentraler Aspekt Grüner Verteilungsgerechtigkeit.

324 3.4 Ungleiche Entwicklung der Einkommen abschmelzen

325 Wir bekräftigen unsere Grünen Positionen für eine gerechtere
326 Einkommensbesteuerung und den Mindestlohn:

- 327 • Anhebung Spitzensteuersatz für zu versteuernde Single-Einkommen von über
328 100.000 Euro
- 329 • Abschaffung der Ausnahmeregelung des Steuersatzes von 25% auf Einkünfte aus
330 Kapitalerträgen (Abgeltungssteuer)
- 331 • sofortige und spürbare Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro pro
332 Stunde

333 Ein erheblicher Teil der messbaren und wahrscheinlich auch der „gefühlten“
334 Ungleichheit ergibt sich daraus, dass in Deutschland über ein Fünftel aller
335 Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeitet, das sind fast acht Millionen
336 Beschäftigte.⁷ In Europa befindet sich Deutschland damit im oberen Feld, mit 24
337 europäischen Staaten, die einen kleineren, und nur 9 Ländern, die einen größeren
338 Niedriglohnsektor haben. Seit 1997 ist die Anzahl der Menschen im
339 Niedriglohnsektor nahezu konstant gestiegen und nur in den letzten zwei Jahren
340 wieder etwas gesunken. Es erklärt sich von selbst, dass dies die Ungleichheit in
341 unserer Gesellschaft – wie auch das subjektive Gefühl des „Abgehängtseins“ –
342 erhöht. Es fehlt auch in diesem Bereich an „Wirtschaftlichen Bürgerrechten“, die
343 jeder/m Arbeitnehmer*in ein adäquates Maß an Schutz, fairer Entlohnung und
344 Verhandlungsmacht verleihen müssen.

345 Unsere Grünen Forderungen nach

- 346 • einer Eindämmung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Minijobreform
- 347 • Allgemeinverbindlichkeiten von Tarifverträgen und
- 348 • der Reduzierung von Leiharbeit
- 349 • Abschaffung von Ehegattensplitting
- 350 • Abschaffung der Riesterrente und Ersetzung durch standardisiertes staatliches
351 Vorsorgeprodukt (s.o.)

352 sind daher auch in diesem Kontext richtig und wichtig.

353 Gleiches gilt für die Einführung der Bürger*innenversicherung in der Kranken-
354 und Rentenversicherung.

355 Quellen:

356 1 Für die Parteiöffentlichkeit

357 2 "Die Reichsten profitieren am meisten", Interview in der Süddeutschen Zeitung
358 vom 9. März 2020

359 3 [https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-bleiben-ein-themen-partei-](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-bleiben-ein-themen-partei-umfrage-a-1289288.html)
360 [umfrage-a-1289288.html](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-bleiben-ein-themen-partei-umfrage-a-1289288.html)

361 4 [https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/buerger-empfinden-deutschland-als-](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/buerger-empfinden-deutschland-als-extrem-ungerecht-abed86bc6-aecc-4b00-b0a5-a1519ebfc111)
362 [extrem-ungerecht-abed86bc6-aecc-4b00-b0a5-a1519ebfc111](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/buerger-empfinden-deutschland-als-extrem-ungerecht-abed86bc6-aecc-4b00-b0a5-a1519ebfc111)

363 5 https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.679972.de/19-40-1.pdf

364 6 [https://selten.institute/wp-](https://selten.institute/wp-content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-pdf)
365 [content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-](https://selten.institute/wp-content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-pdf)
366 [pdf](https://selten.institute/wp-content/uploads/2020/03/ECONtribute_Die_Verteilung_der_Verm%C3%B6gen_de_summary-pdf)

367 7 Der Bereich des Arbeitsmarktes fällt eigentlich nicht in die Zuständigkeit
368 unserer BAG. Doch wäre ein Papier zur Verteilungsgerechtigkeit ohne Bezugnahme
369 darauf unvollständig. Es werden hier keine neuen Positionen erarbeitet, sondern
370 lediglich bestehende dargestellt.

371 -----Ende-----

372 Anmerkungen der LAG WiFiSo:

373 Weitere Infos und Positionen auch im Diskussionsforum hier:

374 [https://discourse.netzbegrueung.de/t/bag-wifi-verteilungsgerechtigkeit-in-](https://discourse.netzbegrueung.de/t/bag-wifi-verteilungsgerechtigkeit-in-gruen/12199)
375 [gruen/12199](https://discourse.netzbegrueung.de/t/bag-wifi-verteilungsgerechtigkeit-in-gruen/12199)

376 Abbildungen siehe PDF-Dokument:

377 [https://discourse.netzbegrueung.de/uploads/short-](https://discourse.netzbegrueung.de/uploads/short-url/bCMPMz0YyvWX0T0mH8FwNmIP2D1.pdf)
378 [url/bCMPMz0YyvWX0T0mH8FwNmIP2D1.pdf](https://discourse.netzbegrueung.de/uploads/short-url/bCMPMz0YyvWX0T0mH8FwNmIP2D1.pdf)